Kostenerstattung abhängig von der Police

Corona: Entschädigung für Praxissschließung

Ein Tätigkeitsverbot eines Arztes oder Praxismitarbeiters infolge einer SARS-CoV-2-Infektion führt zu einem Erstattungsanspruch. Andere Ausfallkosten können nur mit Versicherungen gedeckt werden.

Wenn die Gesundheitsbehörde ein Tätigkeitsverbot gegen einen Mitarbeitenden in einer Arztpraxis spricht, greift zunächst § 56 Infektionsschutzgesetz. Der Arbeitgeber zahlt die Lohnfortzahlung des Mitarbeitenden und hat einen Anspruch auf Erstattung, die er an die zuständige Behörde richten muss. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat eine Liste der zuständigen Behörden unter www.kbv.de, „Praxis-schließung bei Coronavirus“ veröffentlicht.

Anordnung als Voraussetzung

In Nordrhein-Westfalen erhalten wegen des Coronavirus unter Quarantäne gestellte Niedergelassene eine Entschädigung von den Landesverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LVL) – vorausgesetzt, die Quarantäne wurde durch die Gesundheitsämter angeordnet. Niedergelassene Ärzte haben Anspruch ab dem ersten Tag der Quarantäne und müssen den Antrag auf Entschädigung innerhalb von drei Monaten nach Ende der Quarantäne bei dem zuständigen Verband stellen.

Bei Praxismitarbeitern und angestellten Ärzten gilt wie bei allen Arbeitnehmern: Die Arbeitgeber müssen als Teil der Entgeltfortzahlung bis zu sechs Wochen in Vorleistung treten. Sie erhalten die ausgezahlten Beiträge auf Antrag vom Verband erstattet. Er zahlt im Bedarfsfall ab der siebten Woche. „Die Entschädigung entspricht der Höhe des gesetzlichen Krankengeldes“, teilen LVR und LWL mit. Weitere anfallende Kosten während des Tätigkeitsverbots für einzelne Mitarbeiter, z.B. für Ersatzpersonal, deckt die Betriebsschließungsversicherung.

Was Versicherungen leisten

Bei dem auf das Gesundheitswesen spezialisierten Versicherungsmakler Ecclesia med gehen derzeit oft Anfragen von niedergelassenen Ärzten ein: Viele erkundigen

sich für den Fall, dass sie die Praxis wegen des Coronavirus schließen müssen.

Das Interesse an einer Praxisausfallversicherung sei hoch, berichtet Geschäftsführerin Nadja Bürger. „Die Versicherung deckt das Risiko des Inhabers, wenn er die Praxis aufgrund einer behördlichen Anordnung in Zusammenhang mit einem Infektionsfall schließen muss“, erläuterte sie.

Zu beachten gilt: Meist gebe es bei solchen Policen eine Karenzzeit, sie greifen also nicht vom ersten Tag der Schließung. Die Deckung greift weiterhin nur, wenn die Praxis aufgrund einer behördlichen Anordnung geschlossen wurde. Anders sieht es aus, wenn der Arzt nur den Verdacht hat, dass er oder einer der Mitarbeiter infiziert wurde. Selbst wenn ein Mitarbeiter bereits unter Quarantäne steht, ist das kein Fall für die Praxisausfallversicherung. Denn sie deckt nur die Erkrankung des Arztes selbst. Es sei aber sinnvoll, auch das Team zu berücksichtigen. Schließlich ist es schwierig, eine Praxis zu führen, wenn zwar der Arzt gesund ist, alle anderen jedoch wegen Krankheit ausfallen.

Neue Policen kaum bekannt

Das Konzept der Praxisausfallversicherung hält Bürger für veraltet. Inzwischen gebe es Betriebsschließungsversicherungen, die den Anforderungen besser entsprechen. Allerdings seien diese Policen bei niedergelassenen Ärzten noch nicht sehr bekannt – auch weil viele Vermittler sich damit nicht auskennen. Dagegen würden sich Krankenhäuser, Altenheime oder Kindergärten schon gegen die Schließung aufgrund von Infektionskrankheiten absichern.

Diese Police greift laut Bürger bereits, wenn der Arzt die Praxis aufgrund einer behördlichen Empfehlung schließt, auch wenn noch keine Anordnung vorliegt. Zudem seien Maßnahmen wie eine Teilschließung vom Versicherungsschutz erfasst.

Information an Behörden wichtig

Versicherungsunabhängig muss der Arzt die zuständigen Behörden einschalten und sollte seinem Versicherer einen vermuteten Infektionsfall möglichst früh melden. Wichtig sei die Information, um welchen Erreger es sich handelt und mit welchen Kosten der Arzt rechne, so Bürger.

Der Praxisinhaber sollte im engen Austausch mit den Behörden bleiben und deren Anweisungen Folge leisten. „Das Schlimmste ist, sich nicht zu melden, weil man die Konsequenzen fürchtet“, warnt Bürger.

Die Betriebsschließungspolice greife im Gegensatz zu einer Praxisausfallversicherung auch bei Infektionen, die noch nicht im Infektionsschutzgesetz stehen, so Bürger. „Eine Betriebsschließungspolice muss nicht teuer sein“, so die Expertin. Die Prämie hänge vom Umsatz ab und sei schon für einige hundert Euro zu bekommen.

Ärzte, die sich angesichts des Coronavirus für eine solche Police interessieren, sollten nicht allzu lange warten, empfiehlt Bürger. Denn manche Anbieter haben den Versicherungsschutz für Neuabschlüsse in Bezug auf Corona bereits eingeschränkt.

Versicherer geben sich bei dem Thema Praxisausfallversicherung oder Betriebsschließungsversicherung häufig zugeknöpft. Pauschale Aussagen könne man zu dem Thema nicht machen, da es sich um individuelle Vereinbarungen handle und die Gründe für eine Schließung sehr unterschiedlich gelagert sein könnten, teilt die Axa auf Anfrage mit. „Wir empfehlen unseren Kunden, sich für ihre individuellen Fragen vorab mit ihrem Vertriebspartner in Verbindung zu setzen.“ Damit meint die Axa Versicherungsvertreter oder Makler.

Ilse Schlingensiepen